

H) Anträge (schriftlich)

H.1) Einsatz von Mehrweggeschirr bei Events mit städtischer Beteiligung

GR Sikora, KPÖ stellt folgenden Antrag

„Am Ende eines Festes bleiben oft große Mengen Abfall zurück. Durch Verwendung von Mehrweggeschirr können bis zu 90 % der Abfälle eingespart werden“, heißt es auf der Homepage der Stadt Graz. Vielerorts wird diesem Gedanken Rechnung getragen – vom Liebenauer Stadion über das Augartenfest bis zum Lendwirbel. Aber obwohl die Stadt Graz in diesem Punkt mit gutem Beispiel vorangehen sollte, kommt ausgerechnet bei Veranstaltungen in den Grazer Spielstätten dieser Gedanke leider oft zu kurz. Die Unmengen an Einweg-Plastikbechern, die sich beispielsweise nach Veranstaltungen auf der Kasemattenbühne am Schlossberg türmen, sind enorm. Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden **Antrag**:

Die verantwortlichen Stellen des Magistrates und der Herr Beteiligungsstadtrat werden höflichst ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass in Zukunft bei Events an Spielstätten mit städtischer Beteiligung Mehrweggeschirr zum Einsatz kommt, um die momentane Flut an anfallenden Plastik und die dadurch auftretenden starken Verschmutzungen eindämmen zu können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

H.2) Wasserspender für Spielplatz Grottenhofstraße

GR Sikora, KPÖ, stellt folgenden Antrag

Bereits im Jahre 2007 wurde unter großer Freude für die Kinder und Jugendlichen der Siedlungshäuser in der Grottenhofstraße der knapp 8000 Quadratmeter große, inmitten von sieben sanften Wiesenhügeln gelegene Spielplatz nach der Generalsanierung durch die städtischen Wirtschaftsbetriebe von der damals zuständigen Stadträtin Wilfriede Monogioudis (KPÖ) übergeben. Der damals um 142.000 Euro neu gestaltete Platz hat für alle Altersgruppen etwas zu bieten, vom Sandspielbereich für die ganz Kleinen über ein Labyrinth für die Größeren bis zum „Lümmelbereich“, wo man sich in einer Hängematte ausruhen kann. Neben klassischen Spielgeräten, wie Wippen und Schaukeln, gibt es auch ein kleines Fußballfeld. Mittlerweile sind rund um den Spielplatz „Sieben Hügel“ zahlreiche Wohnanlagen entstanden, unter anderem auch die unter der ehemaligen Wohnungsstadträtin Elke Kahr errichteten Gemeindewohnungen in der Fasangasse.

Nachdem die Sommer in unseren Breitengraden immer heißer werden, wäre es sinnvoll, am Spielplatz ein bis zwei Trinkwasserbrunnen zu errichten, um den Kindern und Jugendlichen vor Ort eine Möglichkeit der Erfrischung zu bieten. Mit diesem dringenden Ersuchen haben sich einige AnwohnerInnen an mich gewandt. Nach Rücksprache mit den Holding-Verantwortlichen wäre es recht einfach, je einen Trinkwasserbrunnen im Nahbereich zur Fasangasse sowie im Bereich des dortigen Fußballplatzes aufzustellen. Es müsste nur mit den Wohnbaugenossenschaften bzgl. des Servitutsrechtes verhandelt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ Graz Gemeinderatsklubs folgenden **Antrag**: Die zuständigen Stellen des Magistrates mögen zusammen mit der Graz Holding dafür sorgen, dass am Spielplatz „Sieben Hügel“ in der Grottenhofstraße ein bis zwei Trinkbrunnen errichtet werden. Dabei soll die Möglichkeit geprüft werden, diese, wie im Motivenbericht ausgeführt, in der Nähe der Fasangasse sowie des Fußballplatzes aufzustellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

H.3) Fristverlängerung für die Schulaktion

GRⁱⁿ Taberhofer, KPÖ, stellt folgenden Antrag

Im Zusammenhang mit der SozialCard ist die Schulaktion vorgesehen, mit der als freiwillige Leistung der Stadt Graz einkommensschwache Familien mit Kindern, die durch den Beginn des Schuljahres mit finanziellen Mehraufwendungen belastet sind, unterstützt werden sollen. Um in den Genuss dieser Unterstützungsleistung zu kommen, müssen für Kinder, die die allgemeine Schulpflicht bereits erfüllt haben, aber noch zur Schule gehen, Nachweise erbracht werden. Als solche gelten das letzte Jahreszeugnis bzw. eine Schulbesuchsbestätigung. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, den Aktionszeitraum, der beispielsweise in diesem Jahr vom 31. Juli bis zum 1. September festgesetzt worden ist, zumindest bis Ende September auszuweiten, da bei einigen Kindern - z. B. bedingt durch einen Schulwechsel - vor Schulbeginn keine Nachweise über den Schulbesuch erbracht werden können. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden **Antrag**:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Frist der Schulaktion für SozialCard-BezieherInnen über den Schulbeginn im Herbst hinaus, mindestens bis Ende September, auszudehnen, damit die Eltern die erforderlichen Nachweise erbringen können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

H.4) Verwaltungsoptimierung; Parkgebührenbefreiung

GR Lohr, FPÖ, stellt folgenden Antrag an Bürgermeister Nagl, ÖVP

Seit April 2017 können rein elektrisch betriebene Fahrzeuge oder Brennstoffzellenfahrzeuge mit grünen Kennzeichentafeln ausgestattet werden. Damit besteht für Länder, Städte und Gemeinden die Möglichkeit, zusätzliche Anreize für Besitzer eines Fahrzeugs mit grüner Nummerntafel zu schaffen.

Anreiz auf kommunaler Ebene ist für Elektrofahrzeuge beispielsweise die Befreiung von Parkgebühren. In vielen Fällen war und ist es für die Besitzer notwendig, dafür Berechtigungen oder Kennzeichnungen einzuholen. Elektro- und Plug-in-Hybrid-Fahrzeuge sind auch in Graz von der Parkgebühr befreit. Auf Antrag stellt das Parkgebührenreferat eine entsprechende Befreiungsbescheinigung aus. Elektrofahrzeuge bzw. Plug-in-Hybrid-Fahrzeuge benötigen in Graz allerdings trotz Einführung der neuen KFZ-Kennzeichen mit grüner Schrift diese Befreiungsbescheinigung.

Nachdem auch in Graz immer mehr Fahrzeuge mit grünen Tafeln unterwegs sind, wäre es bürgerfreundlicher und darüber hinaus eine Verwaltungsvereinfachung, wenn die Stadt auf eine zusätzliche Befreiungsbescheinigung verzichten würde. Die grüne Kennzeichentafel soll als Befreiungsnachweis für die Parkgebühr genügen. So wird es zum Beispiel schon in der Stadt Wels gehandhabt. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden **Antrag** gemäß § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob von der bisherigen Vorgehensweise im Zusammenhang mit Elektro- und Plug-in-Hybridfahrzeugen - so diese ein Kfz-Kennzeichen mit grüner Schrift angebracht haben - zugunsten einer Vereinfachung des Verwaltungsablaufes abgegangen werden kann und damit eine separate Beantragung einer Befreiungsbescheinigung nicht mehr nötig ist.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

H.5) Gesundheitsamt – elektronisches Meldesystem

GRⁱⁿ Schleicher, FPÖ, stellt folgenden Antrag an Bürgermeister Nagl, ÖVP

Im Zusammenhang mit einer Anfrage zur Impfsituation in steirischen Asylheimen an Mitglieder der Landesregierung im Landtag Steiermark, in deren Fragestellung unter anderem nach der Anzahl der aufgetretenen meldepflichtigen Infektionserkrankungen aufgeteilt auf die 13 steirischen Bezirke gefragt wurde, wurde vom zuständigen Landesrat in der Anfragebeantwortung mitgeteilt, dass nur von neun Bezirken überhaupt Informationen vorliegen, wobei in zwei Bezirken davon eine genaue Anzahl der Erkrankungen nicht angegeben werden konnte. Zu den vier Bezirken, von denen überhaupt keine Zahlen bekanntgegeben werden konnten, zählt auch die Stadt Graz. Als Erklärung hierzu wurde festgehalten, dass die diesbezüglichen elektronischen Meldesysteme der einzelnen Bezirke keine Differenzierung zwischen Asylwerbern und anderen Personen vorsehen und daher die gewünschten Zahlen nicht von allen Bezirken bekanntgegeben werden konnten. Aus einer Anfragebeantwortung des zuständigen Stadtsenatsreferenten Mag. Krotzer vor der Sommerpause geht hervor, dass das Elektronische Meldesystem (EMS) 2008/09 bundesweit vorgeschrieben wurde. Es heißt weiter, dass auf lokaler Ebene die Datenerfassung gesetzlich nicht einheitlich geregelt sei. Es ist bedauerlich, dass der bevölkerungsmäßig größte steirische Bezirk nicht in der Lage dazu ist, entsprechende Daten zur Verfügung zu stellen. Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden **Antrag** gemäß § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, welche Maßnahmen nötig sind, um schnellstmöglich mit der Erfassung der entsprechenden Daten zu beginnen. Eine Umsetzung möge dann so rasch als möglich forciert werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

H.6) Fahrscheinautomaten Griesplatz

GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ, stellt folgenden Antrag an Bürgermeister Nagl, ÖVP

Seit einiger Zeit befindet sich am Griesplatz keine Verkaufsstelle für Fahrkarten der Holding Graz Linien mehr. Da dieser Platz sehr stark frequentiert ist, wäre die Errichtung von Fahrscheinautomaten eine geeignete Möglichkeit. Besonders ältere und gebrechliche Menschen, aber auch Personen mit einem Kinderwagen haben oft große Schwierigkeiten, im fahrenden Bus beim Automaten oder beim Chauffeur eine Fahrkarte zu lösen. Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden **Antrag** gemäß § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz: Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Errichtung von Fahrscheinautomaten am Griesplatz prüfen und nach positiver Beurteilung aufstellen zu lassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

H.7) Straßenbeleuchtung Vinzenz-Muchitsch-Straße

GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ, stellt folgenden Antrag an Bürgermeister Nagl, ÖVP

Auf Höhe Vinzenz-Muchitsch-Straße 25 - gegenüber befindet sich der Gasthaus Buchmesser - befinden sich zwei Straßenlaternen, die beide von Bäumen fast vollkommen zugewachsen sind. Die Bäume verdecken inzwischen auch Fenster von dort gelegenen Gemeindewohnungen. Das führt dazu, dass eine ausreichende Beleuchtung des Straßenabschnittes nicht mehr gegeben ist. Vor allem nach der Sperrstunde des gegenüberliegenden Gasthauses und Abschaltung dessen Beleuchtung ist ein gefahrloses Begehen des Gehweges nicht mehr möglich, zumal nun auch der Boden regelmäßig mit feuchtem Laub bedeckt ist. Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden **Antrag** gemäß § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine rasche Verbesserung dieses Zustandes herbeizuführen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

H.8) Erhalt des Theaters Kistl im Herz-Jesu-Viertel

GR Dreisiebner, Grüne, stellt folgenden Antrag an Bürgermeister Nagl, ÖVP

Das Hinterhof-Theater 'Kistl' (Rechbauerstraße 63a) stellt eine wichtige Kulturinstitution im Bezirk St. Leonhard dar und sorgt durch seine Aktivitäten für ein vitales kulturelles Leben im Herz-Jesu-Viertel. Aufgrund der Flächenwidmungsplanausweisungen als Bauland (3.0 FLÄWI und 4.0 FLÄWI) sowie aufgrund der Unterschutzstellung von anderen Teilen des Hinterhof-Ensembles durch das Bundesdenkmalamt und den mittlerweile bekannt gewordenen Planungsinteressen eines privaten Bauwerbers für die verbleibenden, nicht unter Denkmalschutz stehenden Teile könnte das Gebäude des Theaters 'Kistl' leider sehr bald vor dem Abriss stehen. Das Kistl residiert seit vielen Jahren in diesem Gebäude, das seit Ende der 1980er Jahre eine Schauspielbühne beherbergt. 1990 wurde der Zuschauerraum von der Künstlerin Inge Kienleitner aufwendig mit Figuren der „commedia dell'arte“ bemalt. Das Kistl steht nun möglicherweise vor dem Verlust seiner Heimstätte, der aktuelle Mietvertrag ist mit Sommer 2019 befristet worden. Die weitere Zukunft des Standorts und des Theaters ist leider wohl ungewiss. In diesem Sinne stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden **Antrag**:

Der für die Stadtplanung zuständige politische Verantwortliche Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl sowie die zu befassenden Stellen im Stadtplanungsamt mögen alles in ihrem Bereich Mögliche versuchen, dass im Zuge der weiteren Planungsarbeiten und bei der Erarbeitung des anstehenden Bebauungsplanentwurfs die Erhaltung des Gebäudes Rechbauerstraße 63a Priorität erhält und so die dauerhafte Nutzung durch das Theaterprojekt Kistl ermöglicht wird. Da es nicht gänzlich unwahrscheinlich ist, dass ein Abriss aufgrund der gesetzlichen Vorgaben seitens der Stadtplanung und seitens des Referats für Bebauungsplanung doch nicht zu verhindern ist, wird parallel dazu Stadtrat Dr. Günter Riegler und das Kulturamt ersucht, dem Hinterhoftheater Kistl mindestens gleichwertige, nach Möglichkeit größere und für den Theaterverein leistbare, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

H.9) Petition für einen Aktionsplan und die Erarbeitung von Grenzwerten für Mikroplastik;

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner, Grüne, stellt folgenden Antrag

Im August 2017 hatte Greenpeace in einer Aussendung auf die massive Meeresverschmutzung durch Mikroplastik in Synthetik-Kleidung hingewiesen - siehe:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170810_OTS0010/greenpeace-synthetik-kleidung-verursacht-massive-meeresverschmutzung?asbox=box1&asboxpos=1

<https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/i03971-20170718-greenpeace-flyer-mikrofaser.pdf>

Gleichzeitig wurden Tests des Umwelt-Bundesamts mit einem erschreckenden Ergebnis publik: Aus österreichischen Haushalten landen 21,3 Tonnen Kunststofffasern pro Jahr im Abwasser. Mit einer handelsüblichen Waschmaschine waren neue Kleidungsstücke aus synthetischen Fasern im Schonwaschgang bei 30 Grad und 800 Umdrehungen pro Minute gewaschen worden. Die Mikroplastikpartikel aus Textilien, aber auch Pflegeprodukten landen in Österreich über das Abwasser in der Kanalisation. Von dort aus gelangen die Partikel in die Kläranlagen, wo sie aber aufgrund der technischen Ausstattung kaum aufgehalten werden. Rechnet man die Ergebnisse des Tests des Umwelt-Bundesamts auf die knapp 181.000 Grazer Haushalte herunter, zeigt sich, dass in Graz rund eine Tonne Kunststoffteilchen pro Jahr aus der Waschmaschine im Abwasser landen. Sicherlich ist vielen umweltbewussten Menschen, die ihren Müll sorgsam trennen, gar nicht bewusst, dass sie beim Waschen von Sportkleidung z.B. auch zu diesen riesigen Plastikmengen im Meer beitragen. In einem Aktionsplan gegen Mikroplastik wäre es also besonders wichtig, die KonsumentInnen durch entsprechende Kennzeichnung aufzuklären, wo überall Mikroplastik enthalten ist bzw. bei Abrieb entstehen kann. Bisher war vielen ja gar nicht klar, dass sie mit der Verwendung bestimmter Produkte (auch Textilien) zu diesem Problem beitragen. Damit wäre auch der tatsächliche Hersteller in die Pflicht genommen. Um dies zu ändern, bräuchte es dringend Grenzwerte, die im österreichischen Umweltrecht bis dato nicht vorgesehen waren: Das österreichische Umweltrecht sieht für die meisten Stoffe, die in das (Ab)Wasser gelangen können, mehr oder weniger strenge Grenzwerte vor. Für Plastik gibt es allerdings überhaupt keine Grenzwerte und somit de facto keine Gesetze, dass die Einleitung von Plastik in Flüsse und Kanäle einschränkt.

Eine Möglichkeit, diese Einleitung fast vollständig zu verhindern, wäre die Einführung einer entsprechenden Filtration (Schlussfiltration bzw. Tuchfiltration) bei Kläranlagen. Hier gibt es auch schon Vorzeigebispiele in Deutschland (z.B. die Kläranlage Oldenburg). Laut Studie eines deutschen Wasserverbandes reduziert der Einsatz einer Schlussfiltration mittels Tuchfilter die Gesamtfracht von Mikroplastikartikeln um 97%. Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden **Antrag**: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Sinne des Motiven-Berichts auf dem Petitionsweg an die österreichische Bundesregierung mit folgenden Forderungen herantreten: Diese möge einen Aktionsplan gegen Mikroplastik entwickeln, um Wissenslücken zu schließen und wirksame Maßnahmen gegen die Mikroplastikverschmutzung zu setzen, gesetzliche Grenzwerte für Plastik, das ins Abwasser gelangen könnte, zumindest für die kunststoffverarbeitende und -produzierende Industrie erarbeiten, auf EU-Ebene Bestrebungen zur Einführung geeigneter Maßnahmen zur Entfernung des Mikroplastiks aus dem Abwasserstrom (z.B. Filtertechnologien in Kläranlagen) unterstützen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**H.10) Vinzenz-Muchitsch-Haus;
GRⁱⁿ Ribo, Grünen, stellt folgenden Antrag**

Das Vinzenz-Muchitsch-Haus in der Vinzenz-Muchitsch-Straße 6a, 8020 Graz, ist ein Begegnungszentrum für Projekte, Initiativen, Organisationen und Gruppen, die sich nachbarschaftlich und gesellschaftlich engagieren möchten. Aufgrund der besonderen Lage des Hauses - das Vinzenz-Muchitsch-Haus ist im Hinterhof des sehr hohen Hauses 6a gelegen - ist dieses Zentrum für weniger Ortskundige nur schwer zu finden. Vom Leiter des Hauses, Mag. Walter Kogler, wurde das Anliegen formuliert, ein gut sichtbares Schild im Straßenbereich der Vinzenz-Muchitsch-Straße anzubringen, um möglichst vielen Menschen die Chance zu geben, das Vinzenz-Muchitsch-Haus zu entdecken und dort erfolgreich anknüpfen zu können. Mit einem gut sichtbaren Schild, wäre dem Vinzenz Muchitsch Haus sehr geholfen, da die Aufmerksamkeit und Auffindbarkeit verbessert würde. **Antrag:**

Das Straßenamt möge in Zusammenarbeit mit dem Vinzenz-Muchitsch-Haus und dem für die Stadtteilzentren zuständigen Wohnungsreferat prüfen, wo eine taugliche Beschilderung i.S. einer Hinweistafel auf die Einrichtung angebracht werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**H.11) Projekt „Summer School“, Einführung ab Sommer 2018
GRⁱⁿ Marak-Fischer, SPÖ, stellt folgenden Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Keine Frage: Neun Wochen Ferien sind eine von SchülerInnen wie Pädagoginnen heiß ersehnte – und angesichts der stetig steigenden Anforderungen auch verdiente - Zeit der Erholung und Regeneration. Und doch können neun Wochen Ferien für manche zu lange sein, sind sich Expertinnen aus der Familien- und Jugendarbeit wie auch Pädagoginnen und SchulpsychologInnen einig. Denn natürlich sollten spätestens im letzten Feriendrittel Wissenslücken aufgefüllt werden, Schwachstellen aufgearbeitet, Stärkefelder trainiert werden. Das Problem: Die Nachhilfe, die in manchen Fällen leider einfach unumgänglich ist, können sich manche Eltern kaum oder gar nicht leisten - und dazu sind die Herausforderungen heute oftmals schon so groß, dass auch die Eltern gar nicht mehr in der Lage sind, selbst zu helfen. Und ganz besonders gilt das natürlich auch in Sachen Integration - was da in den Ferienwochen etwa an Sprachkompetenz vertieft werden könnte, wäre enorm. Doch derzeit läuft es leider umgekehrt - jetzt geht in den Ferien enorm viel verloren. Dabei wäre es für manche SchülerInnen wirklich höchst notwendig, für manche auch willkommen, die letzten Ferienwochen sinnvoll mit einem Wiederholen des Stoffes ausklingen zu lassen. Denn Hand aufs Herz: Wer wiederholt, auch wenn es sinnvoll und empfehlenswert ist, schon freiwillig den Stoff vor Schulbeginn zu Hause. Auch der Besuch eines teuren Nachhilfeinstituts zur Auffrischung sei für viele Eltern nicht erschwinglich. Ziel sollte daher sein, die Schule in den letzten Ferienwochen für die Schülerinnen zu öffnen und dort - in etwas lockerer Art - den Stoff zu wiederholen, die Basiskompetenzen zu festigen und einfach zu üben.

Einzelne Beispiele gibt es in Graz, wie die Summer-School des WIKU, allerdings sollte dieses Modell dringend „Schule machen“. In diesem Sinne sollte jedenfalls für die Grazer Pflichtschulen, speziell natürlich für die NMS, aber auch die Volksschulen, ein solches Modell von der Stadt Graz angeboten werden: Die Räumlichkeiten könnten kostenlos zur Verfügung gestellt werden - und bei entsprechender finanzieller Unterstützung durch die Stadt könnten letztlich die Elternbeiträge derart sozial gestaffelt sein, dass wirklich alle Kinder diese „Vitaminspritze“ für das nächste Schuljahr in Anspruch nehmen können. Und das idealerweise natürlich an mehreren Standorten, quer über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den **Antrag**:

Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner möge die Abteilung für Bildung und Integration beauftragen, gemäß Motivenbericht ein Projekt „Summer School“ zu entwickeln, das idealerweise bereits in den Sommerferien 2018 zum Einsatz kommt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

H.12) Open-Data-Fahrpläne für Grazer Öffis GR Swatek, Neos, stellt folgenden Antrag

Zahlreiche europäische Städte wie London, Paris, Athen oder Madrid stellen ihre Verkehrsdaten als Open Data im international üblichen Format GTFS (General Transit Feed Specification) allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Grund dafür sind die zahlreichen Vorteile von offenen Daten. Angefangen von der einfacheren Erstellung von wissenschaftlichen Verkehrsstudien, der Entwicklung kreativer Apps, bis hin zur Routenabfrage für Touristen und Einwohner reichen die Anwendungsgebiete. Diese frei nutzbaren Daten erzeugen dabei nicht nur einen volkswirtschaftlichen Mehrwert, sondern ermöglichen auch eine größtmögliche Transparenz für alle Bürger in der öffentlichen Verwaltung. Das vermutlich prominenteste Beispiel für die Verwendung von Open-Data-Verkehrsinformationen sind Verkehrsroutenplaner wie Google Maps, aber auch eine Vielzahl von nicht kommerziellen Routenplanern wie z.B. OpenStreetMap. Diese Routenplaner werden von vielen Grazerinnen und Grazern und Touristen verwendet, um den schnellsten Weg von A nach B zu finden. Routenplaner bieten dabei auch die Funktion an, die gewünschte Strecke mit Hilfe des öffentlichen Verkehrs möglichst effektiv zu bewältigen. In Graz steht diese Funktion nicht zur Verfügung. Möchte man in Graz eine Strecke mit den Öffis bestreiten, werden nur von der ÖBB betriebene Verkehrsmittel, wie die S-Bahn, empfohlen, nicht aber die Grazer Linien. Dadurch kann es zu irreführenden Informationen kommen, die besonders für Touristen von Nachteil sind. So wird auf Google Maps der Weg vom Schloss Eggenberg zum Grazer Hauptplatz mit dem ÖBB-Postbus mit einer Reisezeit von 56 Minuten empfohlen, während man mit den Grazer Linien bzw. mit der Straßenbahnlinie 1 eigentlich nur 14 Minuten benötigen würde.

Die Bundeshauptstadt Wien entschied sich erst kürzlich dazu, ihre Verkehrsinformationen als Open Data im GTFS Format allen Bürgern zur Verfügung zu stellen und es so auch Rountendiensten wie Google Maps zu ermöglichen, die korrekten Verkehrsinformationen in ihrer Applikation zur Verfügung zu stellen. Graz sollte als zukunftsgerwandte Stadt die Verkehrsinformationen des öffentlichen Verkehrs als Open Data im GTFS Format allen Bürgerinnen und Bürgern bereitstellen und dadurch auch einen zusätzlichen Anstoß für unsere Wirtschaft und den Tourismus beitragen.

Gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den **Antrag**, dass der zuständige Stadtrat Dr. Günter Riegler beauftragt wird, mit der Holding Graz GmbH Gespräche aufzunehmen in der Absicht, dass die Verkehrsinformationen der Grazer Linien inklusive Echtzeitdaten in Zukunft auch als Open Data im GTFS der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gut, wir haben hiermit die Dringlichen abgearbeitet. Wir kommen zur nicht öffentlichen Sitzung. Ich bedanke mich bei all jenen, die auf der Zuschauertribüne dabei waren. Schönen Abend noch. Und wir gehen weiter in der nicht öffentlichen Sitzung.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio schließt die Sitzung des Gemeinderates um 17.55 Uhr.

Die Vorsitzenden:

.....

Bürgermeister

Mag. Siegfried Nagl

.....

Stadtrat

Kurt Hohensinner, MBA

.....

Bürgermeisterstellvertreter

Mag. (FH) Eustacchio

.....

Stadtrat

Dr. Günter Riegler

Schriftführer und Schriftprüferin

.....

der Schriftführer

Wolfgang Polz

.....

die Schriftprüferin

Gemeinderätin Tamara Ussner

wörtliches Protokoll erstellt von: Irmgard Hacker